Zurück zu den Wurzeln

Viele Landwirtinnen und Landwirte sind von den Zwängen des Marktes getrieben – darunter leiden oft sie selbst, die Umwelt oder die Tiere. Jeder Einzelne kann dazu beitragen, das zu ändern.

Das Prinzip heißt: solidarische Landwirtschaft.

Text: Ulrich J. C. Harz und Sylvia Kolbe
Fotografie: Julia Sellmann

• Am Dienstagnachmittag in Eiershagen erkennt man deutlich, dass hier nicht nur die Nachfrage nach Zucchini, Kopfsalat und Erdbeeren bedient wird, sondern auch die Sehnsucht nach ursprünglicher Landwirtschaft. Viele kommen aus der Stadt, vor der Scheune parken sie ihre Kombis und SUVs, das Bergische Land ist die bäuerliche Idylle vor den Toren Kölns. Dort haben sich auch einige Prominente dauerhaft zurückgezogen: In Eiershagen wohnt die Cartoonistin Franziska Becker, im nächsten Ort die Publizistin Alice Schwarzer, etwas weiter der Schlagersänger Guildo Horn. Heute tragen Dorfbewohner und Städter wie jede Woche in Körben ihr Gemüse aus der Scheune. Sie teilen die gemeinsame Ernte.

Die Scheune dient als Lager, das von mehreren Betrieben in der Gegend beliefert wird. Sie bildet das Zentrum der Solidarischen Landwirtschaft (Solawi) Oberberg, die der Biobauer Tim Vehlewald und die Ernährungsberaterin Lina Wirth vor fünf Jahren gegründet haben. Kunden sind hier nicht nur Kunden, sondern Unterstützer, Mitstreiter, Teil des Ganzen.

In sogenannten Bieterrunden, die jährlich abgehalten werden, entscheidet jedes Mitglied, wie viel es im Monat zahlen will. Die monatlichen Beiträge müssen die laufenden Kosten des Betriebs decken. Bei der Solawi Oberberg liegen die Beiträge zwischen 49 und 96 Euro. Manche zahlen mehr, manche weniger, ganz nach dem Solidaritätsprinzip. Dafür dürfen sie jede Woche abholen, was gerade geerntet oder erzeugt wurde: ▸

Ein brand eins-Container …
… ist eine offene Serie, die Ihre Anregungen aufgreift.
Wenn Sie uns zum Thema Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion schreiben wollen, freuen wir uns über Ihre Rückmeldung unter briefe@brandeins.de.

„Die solidarisch bewirtschafteten Höfe sind ein Nukleus für soziale Innovation.“
– Insa Theesfeld, Agrarökonomin

Es gilt: In den Korb kommt, was gerade reif ist

Gemüse und Obst, Kartoffeln und Milch, oft Käse, Eier und Honig, manche Betriebe bieten auch Fleisch an.

Auf diese Weise garantiert die Kundschaft den Bauern also regelmäßige Einnahmen, auch wenn die Ernte mal mager ausfällt und die Körbe nicht ganz voll werden. Die Landwirte werden dadurch unabhängig von Preisentwicklungen, brauchen keine Zwischenhändler mehr und können sich auf eine Stammklientel verlassen. Hier in Oberberg haben sich mehrere Betriebe zusammengeschlossen, anderswo nutzen einzelne Höfe das Solidarprinzip. In wieder anderen Modellen pachten Interessierte ein Stück Acker vom Landwirt und pflegen es selbst (siehe Seite 32).

Vehlewald und Wirth gründeten die Gemeinschaft, weil Landwirte hier wie überall unter Druck stehen. Für sie heißt es: Wachse oder weiche! Viele Höfe sind zu klein für eine effiziente Bewirtschaftung, haben in ihren Hofläden zu wenige Käufer und finden keine Nachfolger. Viele verdienen immer weniger an ihren Produkten, werden zu Massentierhaltung und Monokulturen getrieben.

Zunächst gewannen die Gründer 15 Mitglieder, heute sind sie mit mehr als 150 wirtschaftlich über den Berg. Zwei Landwirte können dank der Unterstützer von ihrer Produktion leben, einige Nebenerwerbserzeuger profitieren mit.

Wie hart und wie wenig lukrativ das Leben der meisten Bäuerinnen und Bauern ist, machen sich viele Menschen nicht klar. Sie sind es gewohnt, im Supermarkt alles zu jedem beliebigen Zeitpunkt in gleichbleibender Qualität und – wenn nicht gerade Krise ist – billig zu bekommen. Und wenn sie an Bauernhöfe denken, dann mögen in ihrer Fantasie saftiges Gras und niedliche Tiere auftauchen, was mit der Realität wenig zu tun hat.

Die Nähe zwischen Erzeugern und Abnehmern, die sich hier in Oberberg beobachten lässt, ist also nicht selbstverständlich. Die Mitglieder profitieren nicht nur von dem, was sie in ihre Körbe packen dürfen, sondern entwickeln bestenfalls auch ein neues Bewusstsein. Wer will, bestimmt über Anbausorten mit und stellt sich selbst zum Arbeiten aufs Feld.

Ökos und SUV-Fahrer

Marianne Saul, von Köln nach Eiershagen gezogen, ist seit der Gründung 2017 begeistertes Mitglied der Solawi Oberberg. Die bekennende Kommunistin sieht darin angewandten Sozialismus, als Existenzsicherung für die Bauern mit fairen Absatzchancen und sicheren Planzahlen. Unter den Mitgliedern sind sowohl bewusste Ökos als auch Städter mit großen Autos, kinderreiche Familien und Rentner.

Einen Nachteil der Mitgliedschaft beschreibt die Gründerin Wirth selbst. Sie muss sich etwas einfallen lassen, wenn ihre drei Jungs nach vier Wochen rufen: „Nicht schon wieder Mangold!“ Mari-

Jeden Dienstag teilen die Mitglieder der Solawi Oberberg die Ernte

anne Saul beklagt, dass die abzunehmenden Mengen einen normalen Haushalt oft überfordern. Es gibt rare Entdeckungen wie Portulak oder Rübstiel, doch mit Möhrenstampf und sauren Bohnen bekommt der Speiseplan vieler Mitglieder eine deutliche Schlagseite.

Hinzu kommt: Wenn alle ein Mitspracherecht haben, kann es anstrengend werden. Die Solawi Oberberg ist als Verein organisiert. Kommt es zu Konflikten, werden diese meist basisdemokratisch gelöst. Trotzdem gelingt es, Entscheidungen zu treffen: Die Solawi Oberberg hat sich in diesem Jahr von einem Kartoffelbauern getrennt, da dieser seine Arbeit nicht transparent machte und die Qualität nicht mehr stimmte.

„Wenn die Kartoffelkäferplage kommt, kann es passieren, dass abgestimmt wird, ob man die Viecher mit einem Mittel bekämpft oder einzeln abpflückt", sagt Wirth. Hier mag der Landwirt die Kompetenz haben, das Sagen hat er nicht unbedingt. Schwierig ist auch die Sache mit den spanischen Orangen: Wirth kauft sie in Valencia zu, damit die Körbe im Winter nicht allzu karg befüllt werden. Manche Mitglieder lehnen jedoch ab, dass ihr Obst so weit transportiert wird. Diese Stimmen sind auch relevant für Wirths weitere Pläne: Sie will das Konzept um Bioläden erweitern und bräuchte dazu solche Importe. Es stellt sich die Frage, wie viel Basisdemokratie ein Unternehmen verträgt.

Solche Erfahrungen scheinen Interessenten aber nicht abzuschrecken – eine Studie der Universität Siegen ergab 2020, dass die Zahl der Betriebe, die sich solidarisch organisieren, enorm steigt: „Jede Woche werden in Deutschland etwa zwei Solawis gegründet, während gleichzeitig drei klassische Betriebe im Zuge des Höfesterbens von der Bildfläche verschwinden", sagt Marius Rommel, der gerade an der Fortsetzung der Studie arbeitet.

Reizvoll sei für viele Erzeuger, dass die Organisationsform eine Möglichkeit biete, sich dem Diktat „Wachse oder weiche" zu entziehen. Der Landwirt unterliege dann nicht mehr dem Zwang zur Größe und mache sich unabhängig von den mächtigen Einzelhandelskonzernen. Wenn solidarische Betriebe scheitern, liegt es Rommel zufolge oft an schwierigen Gruppenprozessen, unterschiedlichen Vorstellungen von Erzeugern und Abnehmern oder am Fachkräftemangel.

Die Idee der solidarischen Landwirtschaft stammt ursprünglich aus Japan und hat sich mittlerweile auf allen Kontinenten ausgebreitet. Nach dem Vorbild der Community Supported Agriculture in USA wurde 1988 der erste solche Hof in Deutschland gegründet. 2011 entstand der Trägerverein Solidarische Landwirtschaft. Doch erst in den vergangenen Jahren wuchs die Bewegung stark, von 43 Betrieben 2013 auf mehr als 400 im Jahr 2022. Diese bewirtschaften Flächen von einem halben bis 450 Hektar und versorgen je 35 bis 2000 Mitglieder.

Was alle verbindet, ist der Wunsch nach Gemeinschaft: Man feiert Erntefeste oder schaut zu, wenn der Honig geschleudert wird. Bei den Abnehmern sind die Höfe so beliebt, dass jeder zehnte Wartelisten hat wie sonst eher Golfclubs.

Das Prinzip ermöglicht es auch Neulingen, einfach mal anzufangen mit der Landwirtschaft. Magdalena Düren, 30, und ihr Lebens- und Arbeitspartner Alexander Pawlitschko, 31, pachten und bewirtschaften seit diesem Jahr zwei Hektar Ackerland auf dem Hengstbacherhof bei Bad Kreuznach. Düren studierte Geschichte, was ihr jedoch zu trocken war, und kämpfte dann monatelang in den Baumhäusern im Hambacher Forst gegen die Abholzung. Heute ist sie ausgebildete Gärtnerin und setzt auf eine Kombination aus Unterstützung durch die Mitglieder und Verkauf auf dem Wochenmarkt.

„Wir haben eine wirtschaftlich gesicherte Basis, auch wenn es mal die Ernte verhagelt", sagt sie. „Und die Mitglieder wissen, dass wir naturgerecht arbeiten und dass ihr Gemüse aus heimischem Boden kommt, ohne Plastikverpackung ▸

„Jede Woche werden in Deutschland etwa zwei Solawis gegründet, während gleichzeitig drei klassische Betriebe im Zuge des Höfesterbens von der Bildfläche verschwinden."

– Marius Rommel, Nachhaltigkeitsökonom von der Universität Siegen

Im Mitgliedsbeitrag enthalten: Man darf beim Imkern zusehen

und ohne Einsatz von Herbiziden und Pestiziden.“ Bislang haben sie und ihr Partner 33 zahlende Mitglieder. Sie hoffen, dass es bald 55 sind, denn dann können sie rentabel wirtschaften, der Markttag in Bad Kreuznach wäre dann ein reines Zusatzgeschäft.

Gerold Rahmann, Leiter des Fachinstituts für ökologischen Landbau am Johann Heinrich von Thünen-Institut, sieht die solidarische Bewegung als Motor der europäischen Landwirtschaft. In jedem Land gebe es eine alternative Szene, insgesamt mehr als 3000 einzelne Projekte. Sie hätten den Öko-Landbau der Neunzigerjahre weiterentwickelt zu einem sozialen Phänomen. Gemeint sind die Nähe zwischen Erzeugern und Abnehmern und Projekte, bei denen Menschen mit Behinderung eingebunden werden. Die Bewegung sei auch eine Rückbesinnung: Das gemeinsame Anbauen und Essen, der Mensch als Bauer, das sei doch ein uraltes Thema der Menschheitsgeschichte.

Auch wenn das bedeutet, vier Wochen lang Mangold zu essen.

Ein Mietgarten vom Bauern

Wanda Ganders und Natalie Kirchbaumer träumten von der Selbstversorgung aus dem eigenen Garten, hatten aber zu Studienzeiten auf ihrem Balkon zu wenig Platz. Also gründeten sie 2009 das Unternehmen Meine Ernte und überzeugten Landwirte mitzumachen.

Diese sollten einen Teil ihrer Anbaufläche für den Gemüseanbau vorbereiten und etwa 20 Sorten säen, damit auch ahnungslose Kunden Erfolgserlebnisse haben. Idealerweise sollten die Landwirte diesen dann als Berater zur Seite stehen.

Das Konzept ging auf, 2010 wurden die ersten Gemüsegärten vermietet. Dank des Bonner Unternehmens mit acht Mitarbeitern werden heute an 28 Standorten 3850 Gärten von 10 000 Hobby-Gärtnern bewirtschaftet. Eine Parzelle mit 45 Quadratmeter Fläche kostet 229 Euro Pacht für eine Saison.

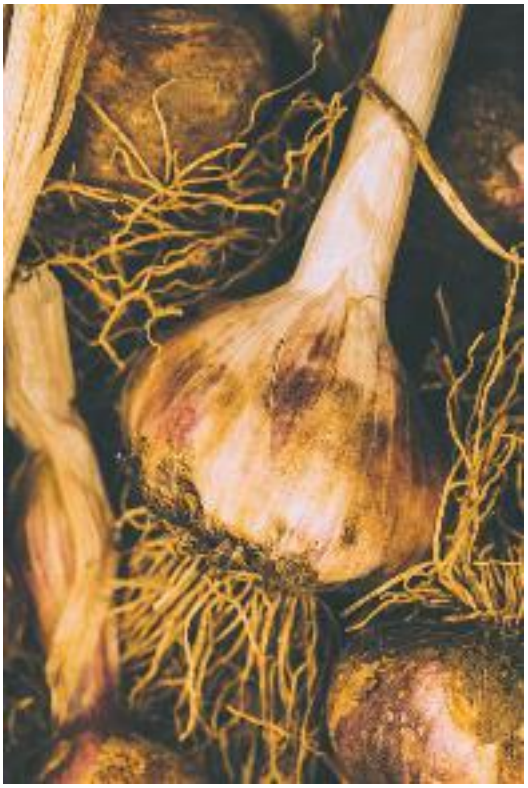
Die Landwirte machen mit, weil sie an der Pacht verdienen, neue Kunden für ihre eigenen Produkte an sich binden und durch Artikel in der Lokalpresse Aufmerksamkeit bekommen. Ditmar Kranz vom Scholzenhof in Wiesbaden-Norderstedt vermietet heute 100 Gärten. Diese entsprechen nur einem kleinen Teil der 90 Hektar, auf denen er Kartoffeln und Erdbeeren anbaut. „Hierher kommen junge Familien genauso wie Ruheständler, die mit dem grünen Daumen und andere, die Stress abbauen wollen.“ Er profitiert von dem Konzept auch indirekt: Viele kommen nun regelmäßig in seinen Hofladen und in sein Waffelcafé.

Während der Pandemie sahen viele zum ersten Mal leere Regale in den Supermärkten. Das verstärkte das Bedürfnis, sich zumindest zu einem kleinen Teil selbst zu versorgen. Das Gärtnern auf dem Acker beschreibt Anne Chwalek, 58, aus Frankfurt so: „Ich buddele in der Erde, hole mein Gemüse raus und habe direkt etwas zum Kochen. Das ist unheimlich befriedigend.“

„Die solidarische Landwirtschaft wird weiter wachsen“

Die Agrarökonomin Insa Theesfeld erforscht, wie sich Ressourcen in der Landwirtschaft am klügsten nutzen lassen. Sie ist überzeugt: Solidarische Landwirtschaft ist mehr als ein Nischen-Phänomen.

Interview: Sarah Sommer



brand eins: Frau Theesfeld, viele Menschen machen sich aktuell Sorgen, dass Lebensmittel knapp werden könnten. Hilft das Modell der solidarischen Landwirtschaft, wieder regionale, autarke Versorgungsstrukturen aufzubauen?
Insa Theesfeld: Oh, schwierige Frage. Die solidarische Landwirtschaft ist sicher kein Modell, das man in die ganz große Breite tragen kann. Es richtet sich an Menschen, die sich für die Herkunft ihrer Lebensmittel sehr interessieren und an der Produktion teilhaben wollen. Wichtig finde ich aber, dass man bei globalen Herausforderungen immer auf Vielfalt setzt. In diesem Sinne spielen auch die Solidar-Modelle eine wichtige Rolle.

Es bleibt also ein Nischen-Phänomen?
2014 hatten wir 60 Höfe, die solidarische Landwirtschaft betrieben, heute sind es mehr als 400. In Relation zu insgesamt 17 Millionen Hektar bewirtschafteter Fläche und fast 270 000 landwirtschaftlichen Betrieben in Deutschland ist das wenig. Aber das sind letztlich nicht die entscheidenden Kriterien, nach denen man die Wichtigkeit des Modells beurteilen kann.

Sondern?
Die solidarisch bewirtschafteten Höfe sind ein Nukleus für soziale Innovation. Immer mehr Menschen sind unzufrieden damit, dass mit Ressourcen wie Boden und Wasser spekuliert wird. Sie sind besorgt über den Schwund der Biodiversität und über die Art, wie unsere Lebensmittel produziert werden. Es ist ein berechtigtes Bedürfnis, dass die Bevölkerung dabei mitreden will, wie diese Gemeinschaftsgüter produziert und verwendet werden. Es ist aber auch wichtig, ein realistisches Verständnis dafür zu entwickeln, was geht und was nicht.

Und dabei hilft die solidarische Landwirtschaft?
Absolut. Wer Mitglied wird, lernt enorm viel darüber, wie Landwirte arbeiten und welchen Risiken sie ausgesetzt sind.

Ein bisschen Selbstversorgung: Gewächshäuser in Oberberg

Also handelt es sich eher um ein pädagogisches Projekt?
Pädagogisch, na ja, irgendwie schon. Aber die Landwirte erfahren auch viel darüber, was die Bevölkerung von ihnen erwartet. Da lernen beide Seiten voneinander.

Kommt es bei diesem Lernprozess nicht auch zu Frust und Enttäuschungen?
Insgesamt scheinen die Landwirte ebenso wie die Menschen, die Mitglieder werden, die Erfahrung als positiv zu empfinden. Es gibt aber auch Missverständnisse, oft denken beide Seiten zu Beginn, dass es bei der solidarischen Landwirtschaft nur um ein Vertriebsmodell gehe. Eigentlich ist die solidarische Landwirtschaft aber ein Modell, bei dem man sich das Produktionsrisiko teilt. Der Landwirt plant und kalkuliert, was er anbauen will für seine Teilhaber. Dann gibt er die Investitionskosten an sie weiter. Wenn viel weniger Gemüse als gedacht geerntet wird, dann müssen die Mitglieder mit dem leben, was in der Erntekiste ist.

Also auch ein Lehrstück über unternehmerische Risiken?
Eher ein Denkanstoß zu der Frage, was eigentlich eine faire Verteilung von Ressourcen ist und ob Menschen wirklich immer rein kapitalistisch ticken. In der solidarischen Landwirtschaft bekommt ja meist jeder einen gleichen Anteil an der Ernte, egal wie viel man eingezahlt hat. Oder man bekommt einfach eine Kiste mit soundso viel Kilogramm Gemüse, ohne zu wissen, was da genau drin ist. Wenn ich das meinen Studierenden erkläre, können viele sich das erst gar nicht vorstellen. Man ist ja gewöhnt, dass es andersherum ist: Jedes Produkt hat einen spezifischen Preis, und wer es sich leisten kann, erhält die teureren Produkte.

Wie könnte die solidarische Landwirtschaft mehr Menschen erreichen?
Für die einzelnen Höfe ist es sicher erst einmal kein Ziel, stark zu wachsen. Im Netzwerk zu wachsen wäre logisch, also noch mehr solidarische Höfe zu gründen, die sich miteinander vernetzen und voneinander lernen. Als kleiner Neueinsteiger einen solidarischen Hof zu gründen ist aber gerade unheimlich schwer. Die Bodenpreise sind extrem hoch, die Pachtverträge haben sehr lange Laufzeiten. ▸

In der Politik setzen sich aktuell viele dafür ein, die Lebensmittelproduktion möglichst stark zu steigern. Wird das kleinen Höfen schaden, die da nicht mithalten können?
Da sehe ich keine Gefahr. Die solidarische Landwirtschaft ist ja nicht auf Impuls von oben entstanden. Das ist eine echte Grassroots-Bewegung, die von unten gewachsen ist: aus dem Bedürfnis in der Gesellschaft und bei Landwirten, anders zusammenzuarbeiten. Daher ist die entstandene Struktur auch sehr widerstandsfähig. Aktuell beobachten wir, dass aus der solidarischen Bewegung heraus weitere Initiativen entstehen.

Welche sind das?
Zum Beispiel tun sich Menschen zusammen, um Bodengenossenschaften, -Stiftungen oder -Vereine zu gründen. Sie erwerben gemeinschaftlich landwirtschaftlichen Boden und geben diesen dann zu niedrigen Pachtpreisen an sozialökologische Hofgründer oder Bewirtschafter weiter. Sie verzichten dabei auf Rendite und entziehen den Boden so der Spekulation. Und sie ermöglichen es der solidarischen Landwirtschaft, weiter zu wachsen. Rechtlich ist das allerdings komplex. Eigentlich dürfen nur Landwirte solchen Boden kaufen. Das lässt sich aber meist lösen.

Eine Regel, die eigentlich vor Spekulation mit Boden schützen soll, macht diesen Initiativen also das Leben schwer?
Paradoxerweise ja. Die Regel soll Landwirte schützen. Es ist für diese aber sehr interessant, wenn Teilhaber aus der Zivilgesellschaft nicht nur das Produktionsrisiko mittragen, sondern auch den Boden mitbesitzen. Die gegenseitige Verpflichtung wird dann noch enger. Das ist eine spannende Entwicklung.

Insa Theesfeld ist Professorin für Agrar-, Umwelt- und Ernährungspolitik am Institut für Agrar- und Ernährungswissenschaften der Universität Halle-Wittenberg.

Von der Fläche in die Höhe – Vertical Indoor Farms

Seit fast 40 Jahren experimentieren Agrarforscher und -forscherinnen mit Vertical Indoor Farms. Das sind Beete, die in geschlossenen Räumen übereinander angelegt werden. Da sie Probleme wie Bodenknappheit, klimabedingte Dürren und Überschwemmungen sowie steigende Energiepreise lösen soll, hat diese Anbauform aktuell neue Relevanz bekommen.

Vorreiter in Deutschland ist die Bio-EnergieLand GmbH in Hennickendorf bei Berlin. Frank Riesbeck, einer der beiden Gründer und Geschäftsführer, forscht an der Humboldt-Universität zu Berlin. Die erste Versuchsanlage entsteht gerade in Paulinenaue in Brandenburg und wird vom Land mit drei Millionen Euro gefördert.

Da die Anlagen auf Höhe statt Fläche setzen, könnten kleine künftig auch in der Stadt stehen, was Transportwege verkürzen würde. Statt im Sonnenlicht wachsen die Pflanzen mithilfe von LED-Leuchten. Durch das sogenannte aeroponische Anbausystem benötigen die Pflanzen 90 Prozent weniger Wasser als bei herkömmlicher Anbauweise. Das Besondere daran: Pflanzen wachsen nicht in Böden mit Substrat, sondern die Wurzeln hängen in der Luft und werden nach Bedarf mit Wasser und Nährstoffen versorgt. Da sich die meisten Krankheitserreger in Böden befinden, kann in der Regel auf den Einsatz von Pestiziden verzichtet werden.

Politisches Umtopfen

Bürgerinnen und Bürger sollten mitbestimmen, wie unser Essen erzeugt wird, findet Gundula Oertel. Wie das gehen soll, sagt sie hier.

Interview: Susanne Schäfer

brand eins: Frau Oertel, welche Probleme wollen Sie lösen?
Gundula Oertel: Die Produktion von Nahrungsmitteln muss so gestaltet werden, dass sie weder dem Klima, den Böden noch der Biodiversität schadet. Und wir brauchen wieder eine Vielfalt an regionalen Sorten auf dem Acker.

Sie haben das Netzwerk der Ernährungsräte mitgegründet. Wer macht da mit?
In Deutschland sind mehr als 60 lokale Bündnisse aktiv. Hier in Berlin waren Wissenschaftlerinnen von der Humboldt-Universität, ein Landwirt, einer der Betreiber der Markthalle Neun und andere an der Gründung beteiligt.

Sie wollen die Bevölkerung mehr in die Agrarpolitik einbinden. Wie genau?
Wir wollen einen Rat der Bürgerinnen und Bürger. Der Bundestag müsste diesen einladen. Die Teilnehmer würden dann per Los ermittelt, sodass ein möglichst repräsentativer Querschnitt der Bevölkerung entsteht. Diese Gruppe muss keinerlei Voraussetzungen erfüllen und soll sich frei von Parteizwängen mit der entscheidenden Frage beschäftigen: Was ist unser Essen wert?

Wäre dazu nicht Vorwissen hilfreich?
Nicht unbedingt. Aber zu Beginn braucht es fachlichen Input, gerade bei komplexen Themen. Die Zukunft unseres Ernährungssystems darf kein Nischenthema für

Selber mitmischen, auf dem Feld und in der Politik

Expertenkommissionen bleiben. Auch sollte es nicht wie bisher vor allem zwischen Politik, Wirtschaft und Lobbyverbänden verhandelt werden. Die Bevölkerung braucht demokratische Kontrolle darüber, was auf den Teller kommt.

Was haben Sie schon erreicht?
Im Koalitionsvertrag steht, dass die Bundesregierung Bürgerräte einsetzen und sich mit deren Empfehlungen befassen will. Erste Erfahrungen mit dem Instrument gibt es in Deutschland auch schon. In einer Machbarkeitsstudie, die vom Umweltbundesamt gefördert wurde, haben wir ausgearbeitet, wie das genau aussehen kann. Gerade fordern wir den Bundestag auf, einen Bürgerrat zu der von uns formulierten Frage einzusetzen.

Würden Sie den Rat zusammenstellen?
Nein, wir stehen nur hinter dem Vorschlag. Es gibt Institute, die sich auf solche Prozesse spezialisiert haben. Im Auftrag des Bundestags stellen diese die Teilnehmer möglichst vielfältig zusammen. Sie suchen dann geeignete Experten und Expertinnen, die ihr Fachwissen gut vermitteln können, und Moderatoren, die die Diskussionen begleiten.

Was tun Sie, wenn der Bürgerrat zu einer anderen Haltung kommt als Sie?
Diese Sorge ist nicht ganz unbegründet. Hoffnung gibt mir das Beispiel Irland. Nachdem Bürgerräte sich für eine Liberalisierung des Abtreibungsrechts und für die gleichgeschlechtliche Ehe positioniert hatten, fielen Referenden in der Bevölkerung dort ebenfalls positiv aus. ▬

Gundula Oertel ist Biologin, beschäftigt sich als Journalistin mit Agrarpolitik und setzt sich für Bürgerräte ein. Das Interview entstand aus ihrer Rückmeldung auf den brandeins-Container zu Landwirtschaft.